

B E R I C H T

an die
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage Nr.
26/16-21

Betreff: Nutzung städtischer Räume für Veranstaltungen von Parteien

Bericht des Magistrates:

Vorbemerkung:

Die KPV-IBB e.V. ist ein eigenständiger eingetragener sowie gemeinnütziger Verein und keine parteipolitische Einheit der CDU Hessen.

Hessenweit haben sich die kommunalen Mandatsträger die einer CDU-Fraktion angehören zum Informations-, bildungs- und Beratungswerk e.V. (IBB) der KPV zusammengeschlossen. Es ist üblich, dass der Landesvorstand der KPV-IBB E:v: IM Zuge des Hessentages in der ausrichtenden Stadt tagt. Ebenso ist es üblich, dass in solchen Fällen, wie auch zu anderen Terminen in Rathäusern getagt wird, da es sich um einen Dachverband der Fraktion handelt. Eventuell anfallende Kosten werden vom Landesverband der KPVG-IBB e.V. getragen.

Der Magistrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. *Wer hat den Ratssaal für die CDU zur Verfügung gestellt?*

Niemand hat den Ratssaal der CDU zur Verfügung gestellt.

Der Landesvorstand der KPV-IBB e.V. hat im Trauzimmer des Rathauses getagt. Die Vergabe lief über die zentrale Vergabe während des Hessentages. Diese war im Fachbereich 10 angesiedelt. Die abschließende Entscheidung über die Vergabe von städtischen Räumlichkeiten an externe Dritte während des Hessentages wurde vom Oberbürgermeister getroffen.

2. *Waren der Ältestenrat und der Stadtverordnetenvorsteher hierüber informiert?*

Nein.

3. *Ist damit die Absprache, keine städtischen Räume für parteipolitische Veranstaltungen zu vergeben, aufgehoben?*

Nein. Diese Absprache gilt weiterhin. Während des Hessentages mussten aber abweichend

von der bisherigen Praxis auch Räume an Parteien vergeben werden. Dies waren unter anderem die Landtagsfraktionen von CDU, SPD und Grünen.

Es ist Tradition, dass die Fraktionen und politischen Gruppierungen auf dem Hessentag Tagen und dafür auch die Rathäuser zu nutzen.

Der Magistrat wird bis zum Ende des 1. Quartals 2018 für eine verbindliche Regelung in der Zukunft eine städtische Raumvergaberichtlinie vorbereiten und der Stadtverordnetenversammlung vorlegen. Diese soll eine Regelung aller städtischen Räume und Liegenschaften fest verankern.

Rüsselsheim am Main, den 15.08.2017

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister